

Zur Baugeschichte des Bezirksschulhauses Burghalde

Autor(en): **Killer, K.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Badener Neujaarsblätter**

Band (Jahr): **7 (1931)**

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-320377>

Nutzungsbedingungen

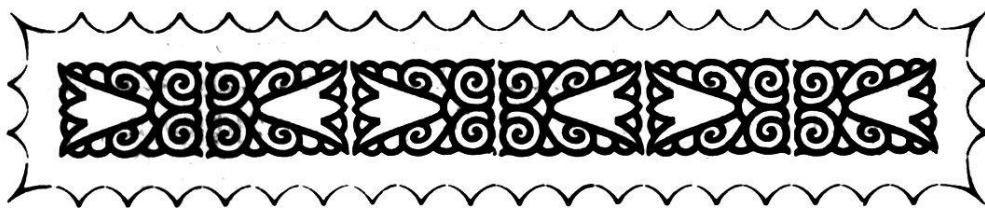
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Zur Baugeschichte des Bezirksschulhauses Burghalde.

R. K i l l e r.

In einem Bericht des Gemeinderates Baden an die Einwohnergemeinde betr. die Aufnahme eines Anleiheens im Betrage von einer Million Franken vom 14. Januar 1909 ist erstmals ernstlich vom Bau eines dritten Schulhauses die Rede. Als Bausumme wurde ein Betrag von 400,000 Fr., Platzankauf inbegriffen, in Aussicht genommen. Man rechnete mit diesen Kosten, da das 1903 bezogene Ländlichschulhaus ohne Platz 224,000 Fr. gekostet hatte. Unter dem noch nachwirkenden Eindruck der Platzwahl für das zweite Schulhaus, die von 1898—1901 gedauert hatte, schrieb der Gemeinderat: „Wir hoffen nicht, daß die Platzfrage dormalen so viel Zeit in Anspruch nehmen wird, wie beim zweiten Schulhaus, können aber trotzdem den Bericht der Kommission nicht abwarten, da wir für das neue Anleihen hier und jetzt einen Verwendungsbetrag einzustellen haben.“ In der Gemeindeversammlung vom 28. Januar 1909 wurde grundsätzlich dem Bau eines neuen Schulhauses zugestimmt, auf die Kreditfrage jedoch mangels jeglicher Unterlagen nicht eingetreten.

Einundzwanzig Jahre nach diesem Beschluß konnte das dritte Schulhaus eingeweiht werden! Nicht nur die drückenden Kriegs- und Nachkriegsjahre haben die Ausführung verzögert, sondern ebenso sehr verursachte die Diskussion über den Platz ein Hinausschieben des Baues um mehr als drei Jahre, entgegen der optimistischen Auffassung von 1909. Es bestätigte sich aufs Neue: Wenn in Baden der Platz für ein öffentliches Gebäude endgültig gewählt ist, sind die Hauptschwierigkeiten beseitigt, und alles andere erledigt sich nachher fast von selbst.

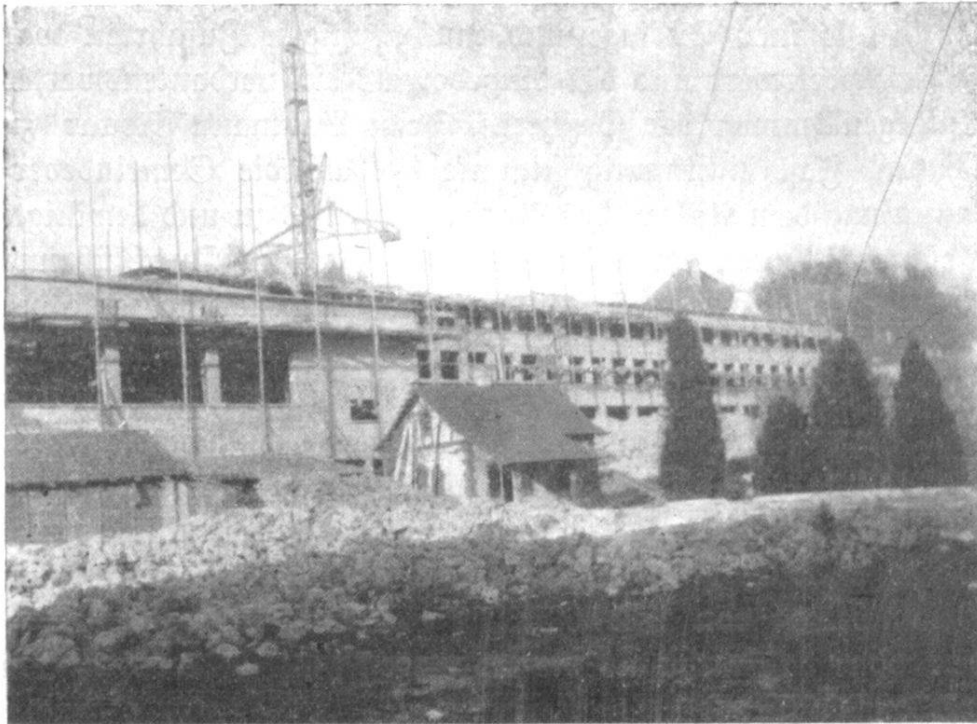
Die Platzfrage erfuhr zunächst 1910 durch eine Ideenkonkurrenz unter einer Anzahl Architekten eine Abklärung. Aus 13 in Frage kommenden Bauplätzen entschieden sich die meisten für den Liebenfels und die Spitalacker. Im Juli 1914 beschloß die Einwohnergemeinde, es sei für die Bezirksschule ein neues Heim zu erstellen. Sie lehnte damit die in der Öffentlichkeit besprochenen Quartierschulhäuser ab. Die damals vorgeschlagenen Bauplätze Liebenfels und Berenaacker befriedigten aber die Mehrheit nicht, und es erfolgte Rückweisung an die Behörden. So entstand auf die Juli-Gemeindeversammlung 1916 ein neuer behördlicher Doppelvorschlag: Schadenmühle oder Areal an der Seminarstraße (Land der Städt. Werke). Durch Abstimmung wurde im dritten Gang das Schadenmühleareal als Bauplatz mit 425 Stimmen erkoren, während 407 Stimmen auf den Liebenfels gefallen waren. Die Anhänger des letzteren gaben sich aber mit dem Beschluß nicht zufrieden und verlangten durch eine Eingabe dessen Wiedererwägung. Im Januar 1917 entschied die Einwohnergemeinde nach ihrem Sinn: Im Liebenfels sollte das neue Bezirksschulhaus erstellt werden. Aus einem Wettbewerb zur Erlangung von Projekten ging der Entwurf der Architekten Dorer u. Löpfe als erstprämierter hervor. Den Auftrag zur Ausführung erteilte die Gemeindeversammlung am 3. Mai 1918. 1920 lagen die Ausführungspläne vor, im Januar 1921 wurde aber auf Vorschlag der Behörden von der Gemeinde der Baubeginn auf spätere, d. h. finanziell günstigere Zeiten verschoben. Im folgenden Jahr wurde durch einen Bericht des Gemeinderates die Frage der Quartierschulhäuser nochmals erörtert und der Gemeinde empfohlen, am Beschluß von 1918 festzuhalten. Mittlerweile war der Bau der Hochbrücke Gewißheit geworden und der große Sport- und Spielplatz in der Aue fertig erstellt, deshalb wurde die Platzfrage neuerdings erdauert und durch einen illustrierten Bericht (November 1924) der Gemeindeversammlung der Antrag gestellt, ihren Beschluß in Wiedererwägung zu ziehen und zum Liebenfelsplatz noch zwei Plätze rechts der Limmat (Spitalacker und Seminarstraße) zu begutachten. Mit 468 Stimmen gegen 218 (welche für den Liebenfels votierten) entschied die Gemeinde am 29. Mai 1925 für das Seminarstraßen-

areal oberhalb der Aue. Anlässlich des Kreditgesuches für Projekte auf dem neuen Bauplatz wurde am 5. Februar 1926 die Platzfrage wiederum in die Diskussion gebracht, ebenso die Frage, ob ein Gemeinde- oder Bezirksschulhaus gebaut werden soll. Die endgültige Entscheidung fiel in der Gemeindeversammlung vom 2. Juli 1926. Unterdessen war nämlich die Liegenschaft Burghalde der Gemeinde um 400,000 Fr. zum Kaufe angeboten worden. Das 29,500 Quadratmeter haltende Gut in schöner Südlage und mit günstigen Zufahrten war äußerst preiswert und das Angebot als ein verdankenswertes Entgegenkommen der Besitzerin, Frau Baumann-Stodkar, zu schätzen. Fast einstimmig stimmte deshalb die Gemeindeversammlung dem Ankauf des Burghaldengutes zu und bewilligte gleichzeitig einen Kredit von 15,000 Fr. zur Durchführung eines Projektwettbewerbes. Ueber die Finanzierung sagte der Bericht des Gemeinderates u. a. folgendes: „Nach den Berechnungen erfahrener Fachleute werden Ankauf der Tannegg und Erweiterungsbauten auf dem bisherigen Schulhausplatz oder Erwerbung der Burghalde und Neubau daselbst je ca. 1,450,000 Fr. kosten. . . . Wenn sich die Verhältnisse normal weiter entwickeln, kann also ein Schulhausneubau bis zum Gesamtbetrag von 1,450,000 Fr. erstellt und betrieben werden, ohne daß mehr als die bisherigen vier Steuern bezogen werden müssen.“

Im November 1926 wurde der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen ausgeschrieben. Das Preisgericht bestand aus den Herren Prof. Dr. K. Moser, Zürich, Hs. Hächler, Architekt, Baden, K. Ründig, Architekt, Zürich, M. Risch, Architekt, Zürich, Dr. A. Tuchschnid, Professor, Aarau, und H. Störi, Architekt, Baden; letzterer als Aktuar mit beratender Stimme. Dem Preisgericht wurden 10,000 Fr. zur Prämierung von vier bis fünf Entwürfen zur Verfügung gestellt. Auf das Bauprogramm möchte ich hier nicht eintreten, da es aus den Ausführungen des Architekten Herrn Dorer ersichtlich ist. Von den allgemeinen Bedingungen sollen nur zwei erwähnt werden, die über das Schulgebäude und die Baukosten. Es wurde verlangt, daß auf eine taktvolle Eingliederung der Bauten in das Gelände großes Gewicht zu legen sei und daß die bestehende Villa Burghalde zweckdienlich und mit

möglichst wenig Aenderungen in die Schulhausanlage einbezogen werde. Für die Ausführung der Bauten sei größte Sparsamkeit maßgebend. Sie sollen schlichte Nutzbauten ohne jeden Luxus werden.

69 Projekte wurden im Mai 1927 vom Preisgericht beurteilt. Dieses sagt im Eingang seines Berichtes: „Die Pro-

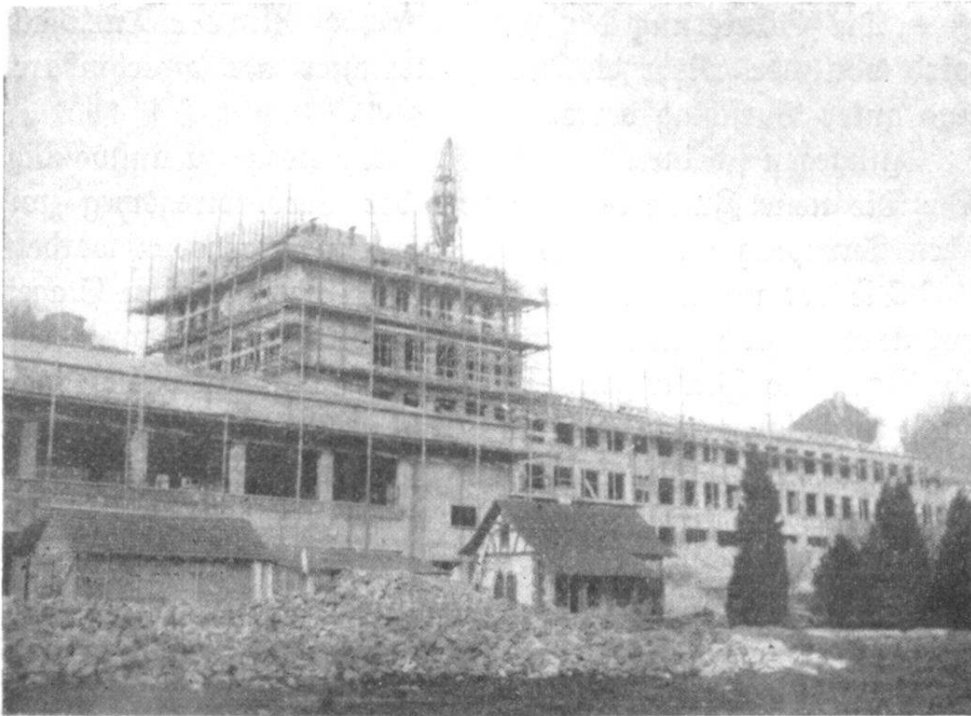


jekte weisen eine große Mannigfaltigkeit von Lösungen des nicht leichten Problems auf. Es lassen sich zwei Gruppen von Projekten durch ihre ganz verschiedene Auffassung feststellen. Die Mehrzahl der Konkurrenten versuchen Lösungen von Gebäudeförpern, die längs des Ganges laufen; die zweite kleinere Gruppe stellen ihre Bauten quer zum Gang und geben der Ostbeleuchtung der Schulzimmer den Vorzug.“

Da das Preisgericht nicht im Falle war, einen der Entwürfe ohne wesentliche Aenderungen zur Ausführung empfehlen zu können, entschloß es sich mehrheitlich, einen ersten Preis nicht zu erteilen. Hingegen empfahl es das in den

ersten Rang gestellte Projekt des Architekten Richard Hächler in Lenzburg zur Weiterbearbeitung und Ausführung. In den zweiten Rang wurden die Projekte der Herren Dorer, Baden und A. Deschger, Zürich eingereicht und in den dritten die der Herren Hans Schmidt, Basel und E. Haller, Zürich.

Vom erstprämiierten Projekt wurden als besondere Vor-



teile herausgehoben: Schonung der bestehenden Anlagen, treffliche Ausnutzung der Situation, einwandfreie Erfüllung der Programm-Anforderungen im Neubau und gut abgewogene, verständliche, angenehm wirkende Baugruppe.

Schon im Preisgericht hatte sich eine Minderheit gegen den vom Erstprämiierten vorgeschlagenen Betonrahmenbau gewendet und auch das Flachdach abgelehnt. Vom Betonrahmenbau befürchtete man leichte Schallübertragung, was bei Unterrichtsräumen gar nicht erwünscht ist. Auch andere Schwierigkeiten konstruktiver Art wurden angeführt.

In der Schulhausbaukommission entstand darüber eine

große Diskussion, nachdem bereits auch in der Presse eine solche über die „moderne Architektur“ eingesetzt hatte. Die Bedenken der Minderheit des Preisgerichtes gegen den Betonrahmenbau wurden von der Kommission geteilt, und sie entschied, es sei das Projekt Dorer umzuarbeiten und auf die Ausführung des erstprämiierten zu verzichten.

Ueber das Projekt Dorer hatte das Preisgericht geschrieben:

„Die Situierung der Schule sowohl als der Turnhalle wird von der Mehrheit der Preisrichter als annehmbarer und guter Vorschlag betrachtet.

Hingegen scheinen die neuen Verkehrswege zu aufwändig.

Die neue Zufahrtsstraße und der Verbindungsweg zwischen Turnplatz und Grünanlage können aufgehoben werden.

Die verlangten Räume sind in den verschiedenen Etagen gut untergebracht, mit Ausnahme des Singsaales, der zu weit ab liegt. Die Fenstergruppen in den Klassenzimmern sind nicht nach praktischen, sondern nach äußerlichen Gesichtspunkten disponiert. Die Qualität des im Ganzen sympathischen Projektes wird beeinträchtigt durch den Turmaufbau, der an dieser Stelle abgelehnt werden muß.

Ein anerkennenswerter Vorzug dieses Projektes liegt darin, daß der Verfasser mit einem dreigeschössigen Bau auskommt.“

Die Schulhausbaukommission empfahl eine Umarbeitung des Projektes Dorer, insbesondere die Verschiebung des Turmbaues auf die Westseite des Hauptgebäudes und an Stelle des Flachdaches ein Steildach. Der Gemeinderat erhob diesen Antrag zum Beschlusse und leitete ihn an die Gemeinde weiter, die am 2. September 1927 beschloß, das vorliegende Projekt des Herrn Dorer sei auszuführen und der Gemeinderat zu ermächtigen, das zur Finanzierung Erforderliche vorzuführen.

Im Dezember 1927 wurde mit den Erdarbeiten begonnen, der Hochbau konnte anfangs Mai 1928 in Angriff genommen werden, er war im Februar 1929 im Rohbau fertig.

Am 17. Februar 1930, am Gedächtnistag Pestalozzis, konnte die Bezirksschule ihr neues Heim beziehen. Die Eröffnung, an welcher die Behörden der Stadt teilnahmen, löste

bei jung und alt nur ein Urteil aus: Es ist ein schöner Bau, der hier der Jugend anvertraut wird, nicht prunkvoll, aber bis in die kleinste Ausführung gediegen.

Die eigentliche Einweihung erfolgte am 5. Juli. Der aarg. Erziehungsrat war durch die Herren Erziehungsdirektor Zaugg und Direktionssekretär Kim an dem damit verbundenen Jugendfest vertreten. Die Vertreter der obersten kantonalen Schulbehörde anerkannten die große Opferwilligkeit der Stadt und zollten dem Werk alles Lob.

Die Abrechnung über die gesamte Schulanlage in der Burghalde ergibt folgendes Bild:

| | | |
|--|-----------|-----------------|
| Kosten der Burghalde (Villa und Nebengebäude | | |
| inbegriffen) | | Fr. 400,000.— |
| Wettbewerb | | „ 22,500.— |
| Bauarbeiten | | „ 1,510,600.— |
| Mobiliar | | „ 93,400.— |
| Abwartwohnung | | „ 23,000.— |
| | Total | Fr. 2,049,500.— |

An diese Summe wurde ein Staatsbeitrag von Franken 210,160.— ausgerichtet.

Die Gemeinde Baden handelte nach dem Grundsatz, daß für die Jugend nur das Beste gut genug sei. Sie erwartet, daß in dem neuen Hause die jungen Menschen Begeisterung und Kraft gewinnen, auch das Beste für die Gesamtheit unseres Volkes zu leisten.

